



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Gisela Sengl, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bildung ist ein Menschenrecht I – Sofortprogramm „Bildung und Förderung von Flüchtlingen“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die notwendigen Bedingungen für ein zukunftsfähiges Schulsystem für die Einwanderungsgesellschaft zu schaffen.

Dazu

- ist unverzüglich eine „Sonder-Mobile-Reserve“ aufzubauen;
- sind so schnell wie möglich so viele Berufsschulplätze zur Verfügung zu stellen, damit alle berufsschulpflichtigen Flüchtlinge beschult werden können;
- ist neben den fachlich qualifizierten Lehrkräften ein multiprofessionelles Stützsystem aufzustellen, bestehend aus Dolmetscherinnen und Dolmetschern, Schulpsychologinnen und -psychologen und Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern;
- ist sofort ein Weiterbildungsprogramm „Deutsch als Zweitsprache (DaZ) für Lehrkräfte“ aufzulegen.

Begründung:

Wir wollen die Benachteiligung von Flüchtlingen bei der Bildung beenden. Das ist für uns eine zentrale Herausforderung in der aktuellen Bildungspolitik und Bildungsfinanzierung. Dabei gilt: Bildung, die für die Kinder von Einwanderern gut ist, ist für alle Kinder gut. Unsere Bildungsinstitutionen müssen Orte des sozialen Zusammenhalts sein. Von dieser Entwicklung profitiert die gesamte Gesellschaft. Zentrale Elemente für Bildung in der Einwanderungsgesellschaft sind eine durchgängige Sprachbildung an allen Schularten, eine tatsächliche individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler, eine interkulturelle Öffnung der Schule und darüber hinaus eine vom Staat getragene Sicherung der Grundbildung für Erwachsene.

Klar ist, der exakte Bedarf an zusätzlichen Lehrkräften und Fachpersonal kann nach derzeitigem Stand nicht abgebildet werden. Umso mehr gilt es gut vorbereitet zu sein, um die Schulen schnell und flexibel unterstützen zu können. Weiterhin klar ist, wir werden alle eingesetzten Fachkräfte brauchen, um ein zukunftsfähiges Schulsystem für die Einwanderungsgesellschaft gestalten zu können. Wir brauchen in einem ersten Schritt 50 Mio. Euro um 1.000 zusätzliche Lehrkräfte und Fachpersonal einzusetzen; um einerseits die Sprachförderung zu intensivieren, andererseits das Recht auf Berufsschulbildung umzusetzen, für den Aufbau einer Sonder-Mobile-Reserve und den Aufbau eines multiprofessionellen Stützsystems.

Sprachliche Bildung ist ein wesentlicher Aspekt. Sie ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe der jungen Menschen und für ihre Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Wir schlagen vor, qualifizierte Junglehrerinnen und Junglehrer im Ausbildungsfach „Deutsch als Zweitsprache“ fortzubilden und diese zur bayernweiten systematischen Sprachförderung an allen Schularten einzusetzen. Der Bedarf soll vorrangig durch Bewerberinnen und Bewerber der Wartelisten abgedeckt werden, so dass das Programm zeitnah beginnen kann und qualifizierte Lehrkräfte zum Einsatz kommen. Das Programm hat den Auftrag, auf bereits bestehende und erfolgreiche Deutschfördermaßnahmen aufzusetzen und eine kontinuierliche Sprachförderung zu gewährleisten.

Entsprechende Mittel müssen bereits im Nachtragshaushalt 2016 verankert werden. BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN werden einen Änderungsantrag „Sonderprogramm Bildung für Flüchtlinge“ zum Haushaltsgesetz 2016 vorlegen.